

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 8 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 27. Februar 1920

Inhalt. Beitragsleistung. — Der gemeinsame Ver-
bandstag in Halle und seine Aufgaben. II. — Fern vom
Schuhl — Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederverwirtschaft.
— Streits und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. —
Fachtechnisches. — Rundschau. — Verammlungsstatenber.
— Adressenänderungen. — Wahlergebnis des 7. Wahl-
kreises. — Gau Leipzig. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 1. bis 7. März
ist der 9. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-
leistung seine Plicht erfüllt, sichert sich im
Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung
aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Der gemeinsame Verbandstag in Halle und seine Aufgaben.

II.
Als weiterer wichtiger Unterstützungszweig
kommt nach der Streikunterstützung die Arbeits-
losen- und die Unterstüfung auf der Reise in Be-
tracht. Die Arbeitslosenunterstützung soll nach fol-
genden Sätzen bemessen werden:

Beitrags- klasse	Mitglieds- dauer in Wochen	pro Tag Mk.	für Tage	insgesamt Mk.
I.	52	1,50	36	54,—
	156	2,25	42	94,50
	260	3,—	48	144,—
II.	52	1,20	36	43,20
	156	1,80	42	75,60
	260	2,40	48	115,20
III.	52	1,—	36	36,—
	156	1,50	42	63,—
	260	2,—	48	96,—
IV.	52	—,75	36	27,—
	156	1,—	42	42,—
	260	1,25	48	60,—
V.	52	—,50	36	18,—
	156	—,70	42	29,40
	260	—,90	48	43,20

Nach diesen Sätzen wird auch die Reiseunter-
stützung geregelt, doch mit der Einschränkung, daß
an einem Orte nicht mehr als drei Unterstützungstage
ausgezahlt werden dürfen. In der ersten Klasse also
4,50; 6,75; 9,— Mk. In der zweiten Klasse 3,60;
5,40; 7,20 Mk. usw. Auf dem Verbandstage in
Nürnberg waren entsprechend dem geringeren Bei-
tragen diese Unterstützungssätze bedeutend geringer
festgesetzt. Die Differenz beträgt z. B. in der ersten
Beitragsklasse 6,—; 4,50; 24,— Mk.

Diese Sätze sind gewählt in der Erwägung, daß
der Zug der Zeit darauf gerichtet ist, die Unter-

stützungseinrichtungen mit Ausnahme der Streik-
unterstützungen abzubauen. Die Vorlage der Vor-
stände trägt diesem Gedanken insofern Rechnung,
als auch die Unterstützung in Krankheitsfällen nicht
wesentlich erhöht wird. Die Beerdigungsbeihilfe
wird ebenfalls nur um ein Geringes erhöht, nur die
ältesten und treuesten Mitglieder werden etwas besser
bedacht. In der ersten Zeit der Mitgliedschaft — 52
bis 156 Wochen — beträgt der Höchstfuß im der
ersten Klasse 40 Mk. gegen 35 Mk. bisher, in der
zweiten Staffel — 156 bis 260 Wochen — 65 Mk.
gegen 60 Mk. bisher. Dagegen steigt der Beitrag nach
einer Mitgliedschaft von über 260 Wochen um rund
20 Mk., von 70 auf 90 Mk.

Wir halten diese Sätze bei den heutigen Zu-
ständen, wo selbst das Sterben eine recht kostspielige
Angelegenheit wird, für das geringste, was geboten
werden kann, denn der Tod ist nicht umsonst, wie
eine bekannte Redensart uns glauben machen will.
Jede Familie, die von Sterbefällen heimgeschlagen wird,
hat mit ungeheuren Ausgaben zu rechnen; da ist
jeder Zuschuß willkommen, er kann gar nicht groß
genug sein.

Was indes bereits ausgeführt wurde, muß noch-
mals unterstrichen werden. Die Leistung höherer
Unterstützungssätze wird immer abhängig sein von
der Höhe des Beitrages. Können sich die Mitglieder
entschließen, den Beitrag entsprechend zu erhöhen,
können auch die Leistungen angemessen hinaufgesetzt
werden. Nehmen wir an, der gemeinsame Verband
hat 40 000 Mitglieder, jedes Mitglied zahlt pro
Woche einen höheren Beitrag von 50 Pf. oder gar
1 Mk. Bei 50 Pf. macht das pro Jahr eine Ein-
nahme von einer Million und 40 000 Mk. Bei einem
höheren Beitrag von 1 Mk. gar 2 Millionen und
80 000 Mk. Bei den heutigen Verdiensten und dem
geringen Geldwert wäre es nichts so ungeheuerliches,
den Beitrag in der ersten Klasse auf 2 Mk. oder gar
2,50 Mk. heraufzusetzen und die Leistungen, nament-
lich die Streikunterstützung, angemessen auszubauen.

Die Mitglieder müssen sich immer wieder fragen,
ohne entsprechend hohen Beitrag kann der Verband
nichts Ordentliches, Zeitgemäßes leisten. Wer für sich
in Anspruch nehmen will, ein rechter, echter, revo-
lutionärer Klassenkämpfer zu sein, der kann das
durch die Tat beweisen. Mit unzureichenden Mitteln
können wir heute keine wirtschaftlichen Kämpfe
führen. Und unser Unternehmertum wird nur vor
einer Organisation Respekt haben, die etwas hinter
sich hat. Nicht mit leeren Redensarten erzielt man
diese Achtung, sondern durch eine starke achtung-
gebietende Organisation. Die übrigen Unterstützungen
bedürfen keiner näheren Besprechung, denn sie
werden entsprechend beibehalten. Dies gilt von der
Gemeinregelmittlerunterstützung, Unterstützung in beson-
deren Notfällen, Umzugsunterstützung und Rechts-
schutz.

Das wären die wichtigsten Aufgaben des ge-
meinsamen Verbandstages, soweit Beitrag und
Unterstützungsweisen in Betracht kommen, die freilich
als das eigentliche Fundament, auf dem sich die Or-
ganisation aufbaut, zu betrachten sind.

Nicht minder wichtig ist freilich auch die Frage
der agitatorischen und organisatorischen Gestaltung des
neuen Verbandesgebietes für das Gedeihen des Ver-
bandes. Sowohl im Sattler- und Portefeuillever-
band wie im Tapeziererverband konnte bisher die
Agitation und vor allem die tatkräftige Unterstützung
der Tarif- und Lohnbewegungen nur in recht mangel-
hafter Weise erfolgen. Es fehlte überall an den
wichtigsten Kräften. Der Verbandstag in Halle wird
sich daher sehr eingehend mit der Frage beschäftigen

müssen, wie der agitatorische und organisatorische
Aufbau der Gau- bzw. Bezirksorganisation am zweck-
mäßigsten gestaltet werden kann.

Daß es im ganze Lande noch eine große Menge
organisationsfähiger L und -genossin-
nen gibt, bedarf keines enfewenig, daß
wir uns der Lehrling lichen Arbeiter
nach mehr als bisher sem. Das Be-
triebsrätegesetz stellt u schwere Auf-
gaben, die wir im Zuk Verussgenossen
aufs beste zu lösen bei Alles drängt
nach vorwärts, wir müssen mit der Zeit gehen und
wollen ihr nicht nachhinken. Unser Verbandsgebiet
muß deshalb so zweckmäßig wie irgend möglich ein-
geteilt und mit den erforderlichen agitatorisch ge-
schulten, möglichst bewährten Kräften besetzt werden.
Bisher mußten diese Arbeiten arg vernachlässigt
werden, der Mangel an tüchtigen Kräften machte sich
in allen beiden Verbänden unangenehm fühlbar. In
vielen Orten, wo die Mitglieder dringend der Unter-
stützung bedurften, mußten sie sich selbst überlassen
werden. Darauf ist es denn auch zurückzuführen,
wenn in manchen Orten die Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen recht sehr zurückgeblieben sind und in keiner
Weise den heutigen Verhältnissen entsprechen. In
vielen anderen Orten wieder konnte nicht das not-
wendige durchgeführt werden, weil eine Verständigung
mit den rüftändigen Unternehmern mißlang, aus
Mangel an geschulten Kräften. Jeder Kollege kann
sich selbst ausrechnen, welchen enormen Schaden er
selbst dadurch erleidet hat, wenn die notwendigen
Lohnzulagen erst Wochen oder gar Monate später
erfolgen, nachdem die Teuerung bereits mehrere
Stappen zurückgelegt hat. Lohnzulagen mit rück-
wirkender Kraft werden ungen und meist in seltenen
Fällen gewährt. Solche sind meist auch schwer zu
erlangen, wenn sie nicht energisch gefordert werden.
Da bedarf es auch noch sehr oft einer Nachhilfe. Wir
wissen recht gut, wie hochbeimig sich manche Unter-
nehmer, besonders in kleinen Orten, zu jeder Lohn-
forderung stellen. Da muß erst Dampf dahinter ge-
macht und den Herrn begreiflich gemacht werden,
daß sie nicht mehr den alleinigen Herrn im Hause
spielen dürfen und einfach willkürlich Lohn- und Ar-
beitsbedingungen diktieren. Da haben wir noch recht
viel nachzuholen. Es bedarf nicht vieler Worte, um
den Nachweis zu führen, daß gerade hier eine Unter-
stützung dieser Orte not tut, damit sie zeitgemäße
Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten, die sie sich
aus eigener Kraft schwerlich erringen werden, wenn
sie sich selbst überlassen bleiben.

Wer die Verhältnisse kennt, die noch immer in
den kleinen und mittleren Städten herrschen, der
weiß recht gut, daß selbst das tüchtigste unserer Mit-
glieder nicht so gegen die Unternehmer auftreten
kann, wie es möchte und sollte. Will es sich an Orte
nicht unmöglich machen, so muß es gewisse Rücksicht
und Vorsicht walten lassen.

Der Unberheiratete kann zwar leicht die Arbeits-
stelle wechseln, ebenso den Ort, dem Verheirateten da-
gegen ist das oft recht unangenehm, und daher läßt
er sich lieber ausbeuten und mit Hungerlöhnen
abspeisen.

Hier kann ein freigestellter Gau- oder Bezirks-
leiter oder der Funktionär einer benachbarten Zulaie,
der unabhängig ist vom Unternehmer, ganz anders
auftreten und diesen Mitgliedern zu ihren Rechten
verhelfen. Es handelt sich natürlich darum, die Mit-
glieder möglichst vor Nachteilen zu schützen. Was
nicht durch Verhandlungen mit den Unternehmern
direkt erzielt werden kann, muß mit Hilfe der
Schlichtungsausschüsse zu erreichen versucht werden.

Der Gau- oder Bezirksleiter, der freigestellte Funktionär einer Filiale oder Ortsverwaltung, wird sich mit der Zeit in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Tarifangelegenheiten, Agitation und Organisation eine gewisse Routine aneignen. Er ist also befähigt, mit Sachkenntnis und guten Argumenten für die Sache seiner Kollegen einzutreten und die Einwände des Unternehmers zu widerlegen, die bekanntlich bei allen Verhandlungen in reichem Maße vorgebracht werden. Es kann sich jeder selbst berechnen, daß sich eine solche Tätigkeit sehr lohnt durch Schaffung besserer Zustände in den zurückgebliebenen Orten, höhere Löhne, anständigere Behandlung usw.

Der Verbandstag soll durch eine leistungsfähige Gau- und Bezirksenteilung die Vorbedingungen schaffen zu einer solchen fruchtbaren Arbeit. Das ist ja ein Hauptzweck des Zusammenschlusses zu einem großen leistungsfähigen Verband. Das gesamte Verbandsgebiet entsprechend einzuteilen, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, die wiederum bestimmt wird durch die vorhandenen Kräfte. Es müssen demnach genügend Verbandsangestellte vorhanden sein, die außer den Bureauarbeiten auch die oben geschilderte Arbeit verrichten können.

fern vom Schuß!

So kann es nicht weiter gehen, hieß es im Leitartikel der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ Nr. 49 des vorigen Jahrganges, als wir sowie einige Orte, durch die Teuerung gezwungen, abseits des Tarifs eine Aufbesserung unserer Löhne verlangten.

Dieselben Worte hallten in der letzten Mitgliedsversammlung wider über den Artikel der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ Nr. 52 v. J.: Zurück zur Affordarbeit. Nicht im allgemeinen wenden wir uns gegen die Affordarbeit, nur dort, wo die Zeitverhältnisse es nicht gestatten und gegen die Art und Weise, wie in neuerer Zeit verschiedene „Größen“, so auch der Artikel Rich. Wolbts zeigt, daß diese Leute von Sachkenntnis nicht belästigt werden, um seine Worte wieder zu gebrauchen.

Die Arbeiter sind von jeher gewöhnt gewesen, als „Haulenger“ hingestellt zu werden. Heute braucht man kein kapitalistisches Blatt in die Hand zu nehmen, heute werden selbst unsere eigenen „Führer“ zu Antreiber. Der Verfasser des „interessanten“ Artikels, wie ihn Kollege Blum nennt, meint, aus volkswirtschaftlichen Gründen müsse unbedingt die Affordarbeit wieder eingeführt werden. Meiner Ansicht nach besteht die Affordarbeit überhaupt noch in den meisten Berufen, und sind solche Artikel nur Wasser auf die Mühle der Reaktionen. Man soll nicht etwas verallgemeinern, was nicht notwendig ist. Was für böses Blut damit gemacht wird, geht aus einer Aeußerung unter allgemeiner Zustimmung hervor, man sollte die Angestellten auch in Afford arbeiten lassen. Ich würde dem Artikelsschreiber und anderen auch den Rat geben, ehe man auf die „Haulenger“ schimpft, die Feder aus der Hand zu legen und mit dem Arbeitsfittel zu vertauschen und mal praktisch unter den heutigen Verhältnissen — nachdem sich die „Kulturmenschen“ 4 1/2 Jahre wie ein Bär im Porzellanladen benommen — über Tag oder unter Tag zu arbeiten.

Sehen wir uns in allen Berufen, so haben wir meistens noch Ersatzstoffe zu verarbeiten. Zu dem kommt — und das kennen solche Zeilenreißer nicht —, daß die Materialien aller Art sehr spärlich herankommen. Wochen-, ja monatelanges Warten trägt dazu bei, den größten Mißmut zur Arbeit überhaupt hervorzurufen.

Wenn Dudenbe von Artikeln — Koffer, Taschen usw. — halbfertig dastehen, die Kollegen an dem ihnen zugewiesenen Platz sich nicht bewegen können, so erhöht das nicht die Lust zum arbeiten, geschweige denn zur Affordarbeit. Auf die herumstehenden, wegen fehlenden Materials noch nicht fertiggestellten Artikel ist womöglich schon der größte Teil des Stücklohnes verrechnet. Die Kollegen wissen zum Teil überhaupt nicht mehr, ob sie noch etwas herausbekommen oder am Ende der Arbeit etwas mitbringen sollen.

Inzwischen sind die Preise für Nahrungsmittel infolge des Wuchers so hoch, daß schon wieder eine neue Forderung sich nötig macht. Nun geht das Feilschen wieder los, um das Notwendigste zu erreichen.

Wenn N. Wolbt ferner meint, er müsse dem Arbeiter erst eine Definition geben, was Zeitlohn oder Afford ist, so steht die Sachkenntnis nicht hoch. Aber zu sagen, bei Zeitlohn wird der Arbeiter bezahlt ohne Rücksicht auf das geleistete Arbeitsquantum, so steht man, wie wenig Kenntnis „unserer“ Theoretiker von der Praxis haben.

Im Gegenteil haben wir oft Brennen müssen, damit der Zeitlohnarbeiter nicht mehr so schüttere wie der Affordarbeiter der gleichen Arbeit in anderen Werkstätten. Es ist ein starkes Stück und hat man keinen parlamentarischen Ausdruck dafür, wenn man

sich erlaubt zu sagen, die Zeitlohnarbeiter bekommen Anwesenheitsgelber, nur weil sie im Betrieb sind. Man muß es als einen Tiefstand betrachten, daß solche Artikel in unserer Zeitung — wo unsere Kollegen sich festgelegt haben in Bezug auf Affordarbeit — erscheinen. (Wo ist das geschehen? Red.)

In großen Berufen (Buchdrucker) gibt es Zeitlohnarbeiter und niemandem wird es einfallen, so sagen, diese bekommen Anwesenheitsgelber. Wenn in anderen Berufen eine Abneigung gegen den Afford besteht, so muß man den Ursachen nachgehen. Unser Grundsatz war von ehedem: Ursache und Wirkung. Die Ursache braucht keinen politischen Hintergrund zu haben, braucht deshalb keine kommunistische Taktik zu sein. Aber das ist noch der Pferdesuß: dort, wo auch andere Ursachen vorhanden sind, muß dieses Siedenpferd gehalten.

Der Krieg hat ja alles vernichtet und wer nicht fern vom Schuß war und das Kapital leider verteidigen mußte, dem Lode stöhnlich ins Auge sah, wird die Verhältnisse anders beurteilen.

Die Praxis lehrt uns weiter, daß wir durch die verpöbichte Revolution noch dieselben praktischen Erfahrungen in bezug auf Preismacherei haben wie früher, trotz des Tarifs, daß Gunst, Laune usw. auch heute noch ausschlaggebend sind. Wenn wir auch manchmal die Gitzschne ausgebrochen, so geht das Glend in dieser Beziehung dennoch weiter.

In unserm Tarif § 3 steht: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen desselben Betriebes wird für das gleiche Muster in gleicher Ausführung der gleiche Lohn gezahlt.

Was hat es nun auf sich, wenn im Artikel gesagt wird: Wichtig ist für beide Teile, Arbeiter wie Unternehmer, die Bestimmung der Höhe des Affordarbeit.

Ich sagte vorhin: trotz des Tarifs die praktischen Erfahrungen bezüglich der Preismacherei nach dem angezogenen § 3: für gleiche Leistung gleicher Lohn im Betrieb.

Was nützt uns diese Bestimmung, wenn wir sie nicht ausdehnen sehen auf die anderen Betrieben von Mädchen hergestellte gleiche Arbeit, die sonst von männlichen Geleuten gemacht wird. Die daraus erwachsende Schmutzkonkurrenz trotz des Tarifs ist derart, daß selbst den Arbeitgebern die Haare zu Berge stehen.

Hier können wir vorläufig nichts ändern, bevor nicht diese Bestimmungen beseitigt sind.

Wenn weiter im Artikel gesagt wird, wir brauchen geschultes Menschenmaterial, um dem Unternehmer-Kalkulator einen Arbeiter-Kalkulator gegenüberstellen zu können, so soll er die Sorte „Arbeiterführer“ anfragen, welche die Schule in Weimar verschadert haben und mit schönen Phrasen abspießen, sie dem Sozialismus aber nicht näher bringen. Dafür stecken all diese Herren auch die hohen Anwesenheitsgelber ein und schimpfen weidlich über die „Haulenger“, dieweil sie zum großen Teil vor, während und nach dem Kriege fern vom Schuß standen.

Otto Steiner, Leipzig.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft.

Wir haben in voriger Nummer eine Uebersicht über die Gestaltung der Arbeitsgemeinschaft gegeben. In voriger Woche war nun der ganze Apparat in Bewegung, um zu sehr wichtigen Fragen unseres Berufes Stellung zu nehmen. Es handelte sich in erster Linie um die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für die gesamte Lederbewirtschaftung. Es wurde der Nachweis erbracht, daß infolge Aufhebung der Zwangswirtschaft große Mengen Rohwären aus dem Auslande eingeführt wurden und für den Monat Dezember allein 10 Millionen Kilogramm. Hierdurch wurde die Industrie außerordentlich befruchtet und in der Lederherstellung eine Beschäftigungsziffer erreicht, die 60 bis 70 Proz. der Friedenspräsenz betrug. Hand in Hand ging aber damit eine enorme Steigerung der Lederpreise, die aber noch nicht abgeschlossen ist und namentlich die Schuhwaren in den nächsten Wochen stark in die Höhe treiben wird. Zum größeren Teile liegt diese Steigerung auf dem Gebiete der Valuta und in der Entwertung unseres Geldes. Dieses trifft die Lederindustrie um so mehr, weil sie auf das Ausland angewiesen ist. Den Wunsch süddeutscher Interessenten, die Herstellung von Luxusleder und Luxuswaren zu unterbinden, konnten wir nicht erfüllen. Wir haben uns bereits über diese Dinge eingehend ausgelassen und war man sich in dieser Frage einig. Beschlossen wurde zunächst folgendes:

1. Die Reichsarbeitsgemeinschaft erklärt sich mit Ausnahme von 3 Stimmen gegen eine gebundene Wirtschaft in irgendwelcher Form.

2. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft spricht ihr Bedauern darüber aus, daß eine große Anzahl von Industriellen bisher die Ab-

gabe der Konjunkturgewinne noch nicht vollzogen hat.

Da durch die Weigerung der Abführung des Konjunkturgewinns die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigerem Schuhwerk gefährdet wird, erjudt die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft die Reichsregierung, die Reichslederstelle zu beauftragen, mit allem ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Abführung des Konjunkturgewinns herbeizuführen.

3. Der von der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Außenhandelsstelle benannte Weirat ist die berufene Stelle, alle die Ein- und Ausfuhr betreffenden Fragen selbständig im Rahmen des § 9 der Verordnung zu erledigen, eventuelle Ausfuhrabgaben festzusetzen und befugt, da, wo es die Preislage nicht gestattet, dieselben zu verneinen.

Der schon vor Wochen vorgeschlagene Weirat ist unverzüglich zu ernennen.

4. Als repräsentative Persönlichkeit und Versammlungsleiter wird, ohne daß dadurch Kosten entstehen, als Vorsitzender des Sachausschusses der Außenhandelsstelle Grelenz von Moller als die berufene Persönlichkeit anerkannt.

5. Das für die minderbemittelte Bevölkerung herzustellende Schuhwerk ist nicht im Werklohn zu vergeben, sondern es sind Lieferungsverträge mit festen Preisen zwischen der Reichsschuhverorgungs-G. m. b. H. und den Schuhfabrikanten abzuschließen.

6. Die Reichsstelle für Schuhversorgung ist unverzüglich aufzulösen. Die Arbeiter der Reichsstelle für Schuhversorgung, in Sonderheit die Versorgung der Bevölkerung mit Berufsschuhwerk sind der Reichsschuhverorgungs-G. m. b. H. zu übertragen.

7. Folgender Antrag soll dem Weirat der Außenhandelsstelle zur Erledigung überwiesen werden:

„Die Reichsarbeitsgemeinschaft tritt dafür ein, daß der Lederindustrie fremde Valuta für die Einfuhr von Rohwären und Gerbstoffen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wird, da hiervon die Beschäftigung zahlreicher Arbeitnehmer, die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk und anderen Lederwaren abhängig ist.“

Durch Wiederausfuhr eines großen Teils dieser Rohware in Gestalt von Leder, Schuhen, Portefeuilleartikeln usw. wird überdies ein günstiger Einfluß auf den Stand der Mark ausgeübt werden.“

Am Montag, dem 16. Februar, trat im Reichswirtschaftsministerium ein großes Lederparlament nochmals zusammen unter der Leitung des Ministers Robert Schmidt. Die Fragen der Lederwirtschaft wurden in großer Form nochmals durchgesprochen. Aus unserer Industrie erklärten sich Dr. Erach und Kollege Blum gegen die Einführung der Zwangswirtschaft und gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Lederindustrie zu unterbinden. Unser Sprecher forderte als weitere Maßnahmen Einschränkung des illegitimen Lederhandels, Durchführung einer Zollgrenze auf dem linken Rheinufer, um das Loch im Westen zu verstopfen und eingehende Nachweise über die Ein- und Ausfuhr unserer Industrie. Der Minister sprach sich in recht warmer Weise für die Aufrechterhaltung der Lederwarenindustrie aus, um dadurch im Austausch mit dem Ausland Rohstoffe und Lebensmittel herbeizubekommen. Auch hier wurde die Einführung der Zwangswirtschaft abgelehnt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Quedlinburg. Am 4. Februar wurde hier ein Tarifvertrag zwischen den Innungsbetrieben und unserm Verbands abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist die übliche 48 stündige und beträgt vor den hohen Feiertagen 6 Stunden. Im ersten Jahre nach der Lehre unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Von da beträgt der Lohn bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 2,10 Mk., bis 24. Jahre 2,30 Mk. und über 24 Jahre 2,50 Mk. Bei Arbeiterinnen stellt sich der Lohn zwischen 75 Pf. und 1,25 Mk. Ferner wird ausdrücklich ausgesprochen, daß diese Löhne als Mindestlöhne gelten und qualifizierte Kräfte höher bzw. nach Leistung bezahlt werden.

Korrespondenzen.

Dresden. In der nur mäßig besuchten Generalversammlung am 4. Februar ergänzte Kollege Elsner den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1918. Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahre erstmalig die Tausend überschritten. Sie stieg von 752 am Anfang des Jahres 1919 auf 1027 am Jahreschluß, also um 275. Weit größer war die Zunahme der Zahl der männlichen Mitglieder, die um 312, von 522 auf 834, stieg, während die Zahl der weiblichen um 37, von 230 auf 193, zurückging. Die meisten Betriebe sind jetzt vollständig organisiert, wobei freilich nicht unerwähnt bleiben darf, daß sich von rund 700 zum Seeresdienst eingezogenen Mitgliedern gegen 300 noch

nicht zurückgemeldet haben. — Der Jugendabteilung gehörten am Jahresanfang noch 2, am Jahreschluss 17 Mitglieder an.

Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahre in der Hauptkasse 35 678 Mk., in der Lokalkasse 18 996 Mk., in der Jugendabteilung 63 Mk. Der Kassenbestand in der Hauptkasse stieg von 1451 auf 2555 Mk., während er in der Lokalkasse von 6439 auf 4986 Mk. zurückging. Für Arbeitslosenunterstützung wurden in beiden Kassen 15 922 Mk. für Krankenunterstützung (mit Jugendabteilung) 1888 Mk. verausgabt.

Beim Arbeitsnachweis liefen sich 1919 683 Mitglieder eintragen, das sind 70 Proz. der Mitgliedschaft. Die Höchstziffer der Arbeitslosen war 257 am 20. Februar, die niedrigste 97 am 18. Oktober. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 33 797, bei einer Durchschnittsziffer von 50 Tagen. Die Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erreichte die Summe von 232 809 Mk. Diese Zahlen lehren, in welcher Weise der Krieg auf unser Gewerbe eingewirkt hat.

Mit allem Nachdruck war die Organisationsleitung bemüht, die Löhne den Zeitverhältnissen anzupassen. Sie erfuhren im Berichtsjahre eine mehr als 100prozentige Steigerung, die Lohnhöhen betragen insgesamt für die Mitglieder über 2 Millionen Mark jährlich.

Der Vorstand erledigte die Verwaltungsgeschäfte in 30 Vorstandssitzungen. Außerdem fanden 10 Mitgliederversammlungen und 10 Vertrauensmännerversammlungen statt. Die Anzahl der Arbeitslosen bedingte, daß auch über ihre Lage besonders beraten wurde, was in 5 Versammlungen geschah. Des weiteren fanden 26 Werkstattsitzungen statt, in 17 Fällen wurden Verhandlungen mit den Unternehmern geführt, in den meisten Fällen handelte es sich hierbei um Regelung der Lohnfragen bzw. um Durchführung der Tarifverträge. Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahre acht geführt, die in drei Fällen den Abschluß von Tarifverträgen zeitigten.

Nach einstimmiger Annahme des Antrags der Reichsvereine: dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde dem Beschluß der Vertrauensleute, von einer Neuwahl des Vorstandes in Anbetracht der bevorstehenden Versammlung abzusehen, ohne Widerspruch zugestimmt. Als Delegierter zum Versammlungsvorstandstag wurde von 272 abgegebenen Stimmen geteilt Kollege Eisner mit 264 Stimmen gewählt.

Großenhain. Am Sonntag, den 15. Februar, fand hier eine Versammlung der neugegründeten, jetzt 15 Mitglieder zählenden Zweigstelle des Verbandes der Sattler und Tapezierer statt. Der Bevollmächtigte, Kollege Mich. Böhler, gab den Bericht über die Verhandlungen mit der Sattler- und Tapezierer-Innung zwecks Schaffung eines Tarifs. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß ein Tarifabschluß getroffen wurde, wonach ein Lohn für Gehilfen im ersten Jahr nach der Lehre von 1,70 Mk., im zweiten Jahre 1,90 Mk., von da an bis 22 Jahre 2,30 Mk. und über 22 Jahre 2,50 Mk. erzielt worden ist. Ferner wurde für Gehilfen mit 3jähriger Beschäftigungsdauer ein Urlaub von 6 Tagen und von ein bis dreijähriger Dauer ein solcher von 3 Tagen erwirkt. Außer diesem sind noch eine Reihe verschiedener Verbesserungen erreicht worden. Es ist dies für den Anfang ein gewiß sehr nennenswerter Erfolg. An den Kollegen muß es nun liegen, immer treu zum Verband zu halten und in gegenseitiger Verbindung zu bleiben, dann wird auch in Zukunft der Erfolg nicht ausbleiben. Die Verbandsgeschäfte am hiesigen Orte werden vom Bevollmächtigten Mich. Böhler, Meißner Straße 56 part., erledigt.

Leipzig. Am 30. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde der Tod des Kollegen Gärth bekanntgegeben. Zu Ehren dieses Verstorbenen erhoben sich die Mitglieder von ihrem Plätze. Im Jahresbericht führte Kollege Steiner nochmals die Kriegspolitik vor Augen, ebenso das Verhalten der Unternehmer vor, während und nach dem Kriege. Im vergangenen Jahre fanden 25 Mitglieder, 1 General-, 2 außerordentliche General-, 2 Lehrlingsversammlungen, 30 Vorstandssitzungen, 8 Vertrauensmännerversammlungen und 3 Agitationsversammlungen statt. Das ganze Jahr war fast eine Lohnbewegung. Redner streifte noch den Versammlungsbesuch, welcher im vergangenen Jahre nicht schlecht zu nennen, aber doch besser sein könnte. Er bemerkte, daß es noch Betriebe gibt, welche über 8 Stunden arbeiten; das ist auf keinen Fall zulässig, selbst wenn es auf Kosten des freien Sonnabendnachmittags geschieht. In der Diskussion führte Kollege Döhler aus, daß an dem Bericht nichts zu kritisieren sei. Kollege Steiner hatte früher scharfe Kritik geübt, aber er hat den Beweis erbracht, daß er unsere Sache vorwärts tragen kann. Kollege Döhler führte noch an, daß zu wenig Berichte von wichtigen Leipziger Versammlungen in die Zeitung kommen. Im Kassenbericht vom 4. Quar-

tal 1919 führte Kollege Dasede aus, daß durch die Beitragserhöhung die Restanten gezwungen waren, ihre Reste zu begleichen. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Jahres 13 259,65 Mk., die Einnahme des Jahres der Lokalkasse 20 984,52 Mk., die Einnahme des Jahres der Hauptkasse 29 831,57 Mk. An die Hauptkasse wurden gezahlt 10 722,52 Mk. Die Ausgaben der örtlichen Verwaltung betragen 3075,30 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 616 männliche, 455 weibliche, insgesamt 1071 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Sodann gab Kollege Busch den Bericht des Agitationskomitees. Kollege Dasede stellte den Antrag, darüber abzustimmen, ob die Weihnachtsunterstützung der arbeitslosen Kollegen am 31. Januar abzuschließen ist oder es so zu belassen wie bisher. Die Abstimmung ergab gegen 2 Stimmen, die Unterstützung am 31. Januar abzuschließen. Unter Gewerkschaftlichem teilte Kollege Dasede mit, daß mit dem Tarifamt in Frankfurt Verhandlungen über Lohnserhöhung stattgefunden haben. Es ist dort beschlossen worden, daß auf die Grundlöhne 50 Proz. mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar gezahlt werden müssen. Kollege Heyderich führt dazu aus, daß der Zentralvorstand zu einer anderen Lohnbewegung kommen müßte, daß wir nicht erst, wenn die Lebensmittel in die Höhe geschritten sind, dann mit einer Lohnserhöhung hinterherhinken. Kollege Thalheim bemerkt dazu, daß alle Lohnserhöhungen uns nichts nützen, sondern daß wir zum Nächstbesten und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte kommen müßten.

Leipzig. Mitgliederversammlung am 13. Februar. Kollege Dasede referierte über den Entwurf der neuen Satzungen zum Verbandstage in Halle. Er begründete in längerer Ausführungen die Wichtigkeit des Zusammenchlusses mit den Tapezierern. Die Diskussion war eine sehr rege. Es wurde u. a. die Wahlfreieinteilung des Zentralvorstandes, die Aufstellung der Gauleiter als Kandidaten und die Schreibweise der „Sattlerzeitung“ kritisiert. Auch wurde verlangt, den Namen „Portefeuller“ im Kopf der Zeitung zu belassen. Folgende Anträge fanden einstimmige Annahme: In § 1 die Worte Religion und Parteizugehörigkeit zu streichen; § 6 Abs. 4 die Klassenbeiträge zu lassen, wie sie nach dem Nürnbergerverbandsstag in Kraft getreten sind; § 19 Absatz 3, 2. Satz das Wort „persönliche“ vor Streitigkeiten zu setzen; § 25 1. Satz zu streichen, dafür zu setzen: Eine Arbeitsniederlegung kann nur dann stattfinden, wenn dieselbe von den daran beteiligten Personen bei gemeinsamer Abstimmung mit Zweidrittelmajorität beschlossen wird. Ferner: Den Ausschuß nach Berlin zu verlegen und den Reichspräsidenten aus dem Verbandsauszuschließen. Unsere Zeitung soll im Verlag der „Freiheit“ gedruckt werden und die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ abzulehnen und dafür „Die Kämpferin“ zu bestellen. Damit mehr Raum für Lesestoff wird, sollen die Anzeigen in kleinerer Form gebracht werden. Unter Gewerkschaftlichem wurden vier Kollegen in die Agitationskommission gewählt.

Magdeburg. Am 4. Februar fand unsere von 53 Mitgliedern besuchte Mitgliederversammlung statt und erhielt bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag nach Halle der Kollege Busch 47 und Zimmermann eine Stimme. Als Unterkassierer für den Stadtbezirk meldeten sich die Kollegen Gutmann, Friedrich und Hammer freiwillig. Kollege Nonnenberg gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Ihm wurde Entlastung erteilt. Die Versammlung sagte nochmals Beschluß, für die Prämienzahlung an die Landwirte als Ausgleich Feuerungszuschüsse für Ledige 25 Mk., für Verheiratete 30 Mk. und für jedes Kind 2,50 Mk. zu fordern. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß von den Innungsbetrieben eine Sitzung am 25. Januar stattgefunden habe, worin ein Zuschlag von 75 Pf. zu den bisherigen Löhnen gefordert wurde. Laut Beschluß des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft werden ab 1. Februar folgende Mindestlöhne gezahlt: Für Gehilfen bis zum 21. Jahr 2,55 Mk., für Gehilfen bis zum 25. Jahr 3 Mk., für Gehilfen über 25 Jahre 3,35 Mk. pro Stunde. Von der Arbeitsgemeinschaft war ein Rundschreiben eingelaufen, man sollte sich doch dem Zentralschlüsselausschuß anschließen und stimmte die Versammlung dem zu. Es wurde noch angeregt, das nächste Vergütigen mit den Tapezierern gemeinschaftlich zu veranstalten.

Mülheim-Ruhr. In der Versammlung am 10. Januar gab Kollege Müller einen ausführlichen Bericht vom 4. Quartal und wurde ihm Entlastung erteilt. Einstimmige Annahme fand die Wahl der Kollegen Angersfoorth als Vorsitzender, Müller als Kassierer und Lederau als Schriftführer. Bei der Delegiertenwahl entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der das Verhalten einiger Delegierter zum Verbandstag Mißbilligung fand. Da wir hier kaum darauf rechnen können, einen unserer Mülheimer Kollegen als Delegierten durchzubekommen, wurde

auf Aufstellung eines Kandidaten verzichtet. Ferner erhoben die Kollegen der Friedrich-Wilhelms-Gütte Klage gegen das Verhalten des Zentralvorstandes. Dieselben wurden durch allgemeinen Einseitig gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Die übrigen Organisationen, welche anfänglich auch nicht geneigt waren, Unterstützung zu zahlen, haben dies bereits nachgeholt; nur sie sollen, nach dem letzten Schreiben des Zentralvorstandes, aus der Lokalkasse unterstützt werden. Die Kollegen wollen nochmals versuchen, zu ihrem Recht zu kommen, andernfalls sie einen Antrag auf Beitragsperre erheben. Ein Antrag des Kollegen Mitschke, aus dem Gewerkschaftskartell auszutreten, wurde mit schwacher Majorität angenommen.

Offenbach a. M. In der am 16. Februar im Gewerkschaftshaus von ca. 200 Kollegen, darunter auch einige Kolleginnen, besuchten Versammlung erläuterte Kollege H. Brehl den neuen Statutenentwurf sowie die dazu von der erweiterten Ortsverwaltung gestellten Anträge. Kollege Galm stellte hierzu eine Reihe weiterer Anträge, wovon einige die Rechte des Verbandsvorstandes zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder beschnitten sollen und ein anderer Antrag, der die Gewerkschaftenunterstützung auf die politisch inhaftierten Verbandskollegen ausdehnen soll. Die lebhafteste Diskussion herrüber, an der sich die Kollegen Maronig, Wehmel, Galm, Gieß, Wurm, Perold, Tader und Brehl beteiligten, währte eine geraume Zeit, wobei die größere Hälfte der Anwesenden sich enthielt. Die Anträge der Ortsverwaltung wurden einstimmig, die des Kollegen Galm mit 30 gegen 20 angenommen. Nach Einbeziehung der Kommissionen für die Wahl wurde die Versammlung von Kollegen Wurm mit einer Aufforderung zu reger Wahlbeteiligung geschlossen.

Neusiedl. In der Versammlung vom 7. Februar wurden für Kol. Wehner als Delegierter zum Verbandstag in Halle 18 Stimmen abgegeben. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu den Berufs- und Tariffragen. Einige Firmen, darunter auch die Firma Groot, können sich nicht an den Tarif gewöhnen und gefällt ihnen die Beteiligung an schwarzen Listen entschieden besser. Die Versammlung spricht sich ferner für eine allgemeine Lohnbewegung in diesem Frühjahr aus.

fachtechnisches.

Was ist Anhydrot-Leder? Ueber diese Frage bringen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgenden: „Das Anhydrot-Leder eignet sich in erster Linie zur Verwendung für Schuhsohlen und tritt dabei namentlich mit dem lösgaren Leder in Wettbewerb, das seit alterherber besonders für diesen Zweck verwendet wurde. Um ein Verständnis für die Besonderheit des Anhydrot-Gerbverfahrens zu gewinnen, muß zunächst kurz auf die Lohgerbung eingegangen werden. Diese wird in der Weise vorgenommen, daß die von den Haaren befreiten und gereinigten Tierhäute nach einer auslösenden Vorbehandlung (Kalken, Schwitzen) mit Lösungen von gerbäurehaltigen Stoffen, besonders Eichenzinnde, in Lohgruben oder Fässern durchtränkt werden. Diese Gerbung geschieht also durchaus auf nassem Wege und man vermeidet dabei möglichst ein Eintrocknen der Haut, da diese sonst ein sehr derbes, hornartiges Aussehen erhält und dann der Aufnahme von Gerbstoffen beträchtlichen Widerstand entgegensetzt. Das Anhydrot-Gerbverfahren geht nun im Gegensatz dazu absichtlich von der getrockneten Haut aus. Aber diese Trocknung wird durch die Vorbehandlung mit Alkohol so vorgenommen, daß die Haut durchaus ihr lockeres Gefüge behält. Diese leder ausgetrocknete Haut läßt sich nun, wie auch dem Laien verständlich sein wird, leicht mit den verschiedenartigen Stoffen so imprägnieren, daß diese Stoffe nicht nur in die Fasern der Haut eindringen, sondern auch alle Zwischenräume vollständig ausfüllen. Bei dem Anhydrot-Leder werden die Häute mit bituminösen Massen von hohem Schmelzpunkt (künstlichem Asphalt, Kautschuk usw.) imprägniert. Dadurch wird einerseits eine vollkommene Wasserundurchlässigkeit des Leders erzielt, andererseits aber auch eine wesentlich verlängerte Haltbarkeit. Nach den Versuchen der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie in Freiberg (Sachsen) ist die Tragsdauer bei dem Anhydrot-Leder doppelt so lange wie bei dem lösgaren Leder; nach anderen Versuchen ist die Widerstandsfähigkeit des Anhydrot-Leders sogar noch größer. Dabei läßt sich das Anhydrot-Leder ebenso gut verarbeiten wie andere Sohlenleder. Ein besonderer Vorzug des Anhydrot-Leders, der namentlich während der Kriegszeit von Wichtigkeit war, ist der, daß es zu seiner Herstellung einer weit kürzeren Zeit bedarf als das lösgare Leder selbst nach den modernen Schnellgerbverfahren. Die ersten Patente zu dem Verfahren sind bereits 1910 erteilt worden.“

Rundschau.

Hilf dir selbst! Kein Zweifel, in Deutschland stehen wir am Beginn einer neuen Wirtschaftsperiode, sofern gewisse Voraussetzungen ausreichende Beachtung finden. Vorbereitet ist diese neue Wirtschaftsperiode in der langjährigen Arbeit zur Organisierung der Massen dazwischen, die da mehr oder weniger von der Teilnahme an allem Guten und Schönen ausgeschlossen waren. Die wirtschaftlichen Zustände während der Kriegs- und Nachkriegszeit schrieben dann aller Welt die Notwendigkeit der Abkehr von einer Wirtschaftsweise ins Gesicht, bei der der einzelne wohl zu Reichtum gelangen konnte, die Masse des Volkes aber darbt. Noch wissen wir ja nicht, ob die Gegenwartswirtschaft Ubergangszustand zu besseren Verhältnissen ist, ob wir nicht im allgemeinen Durcheinander zugrunde gehen. Wollen wir aus tiefstem Glend zu wenn auch bescheidenem, doch lebenswertem Glend gelangen, so heißt das jene Kräfte zu benutzen, die im Volke schlummern, die sich seit alter Zeit als Widerspruch gegen wirtschaftliches Unrecht bemerkbar machten.

Die neue Wirtschaft, die da werden will, wird eine Gemeinwirtschaft sein, gerichtet auf die immer mögliche Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen. Ohne das Wohlergehen der Gesamtheit kein wirtschaftliches Auskommen des einzelnen. Schon im Begriffe Gemeinwirtschaft ist eingeschlossen die Verpflichtung des einzelnen, in der Herbeiführung des Gemeinwohlwols sein persönliches Wohl zu sichern. Also beginnt die neue Wirtschaftsperiode, die vom starken Feiler der Gemeinnützigkeit getragen werden soll, mit der Arbeit des einzelnen Menschen an dieser Gemeinnützigkeit. Das alles ist schon oft gesagt worden, es hat aber noch lange nicht allgemein dahin geführt, die unausweichbaren Verpflichtungen des einzelnen so erkennen zu lassen, daß

die Tat einsetzt, wo doch das Wort, die Klage über wirtschaftliches Glend eine Besserung nicht herbeiführte. Es ist ja auch bequemer, von anderen, vom Staat, seinen Machthabern etwas zu fordern, was selbst zu leisten jeder einzelne verpflichtet ist. Staat und Gesetzgebung können einer Wirtschaftsweise sicher die Wege ebnen. Dem Inhalt aber empfangt diese Wirtschaftsweise immer nur von der Arbeit einzelner Menschen und durch die Arbeit von Menschengruppen, gerichtet auf ein gemeinschaftliches Ziel. Das bedeutet, daß Selbsthilfe in einem Umfang erstehen muß, ausreichend, die neue Wirtschaftsweise zu tragen. Warum aber nur das langsame Tempo im Aufbau der Selbsthilfe? Warum die Trägheit der Mühseligen dort, wo sich ihnen die Möglichkeit zur Selbsthilfe bietet? Was soll das Jammern über Ausbeutung, wenn du die Hände in den Schoß legst, nicht selbst handelst, diesen Zustand gründlich und endgültig zu beseitigen? Wähne doch nicht, daß du Entkräfteter auf jene Hilfe etwas reichlich hochmütig verzichten darfst, weil dir diese Hilfe nicht in drei Tagen werden kann. Die kurzfristige Einschätzung der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist nicht mehr am Platze. Die Genossenschaftsarbeit der Verbraucher ist eine Wirtschaft und ihr hat jeder zu dienen, der weiterleben will und der wünscht, daß ein ganzes Volk nicht zugrunde gehe.

Verfammlungskalender.

Berlin. Reiseartikel- und Portefeuillebranche
Dienstag, den 2. März, abends 7 Uhr, bei Graumann, Naumbjstr. 27.

Adressenänderungen.

Bielefeld. Auszahlung von Unterstützung Sonn-
abends von 6—7 Uhr bei Zimmer, Windthorststr. 16 I.

Wahlergebnis

des 7. Wahlkreises.

Es erhielten:

Dusch-Leipzig	315 Stimmen
Keller-Zeit	119 "
Kuerwald-Zwickau	89 "
Zimmermann-Chemnitz	100 "
	623 Stimmen

Absolute Majorität: 312 Stimmen.

Gewählt: Dusch.

Gau Leipzig.

Auf Beschluß der Generaterversammlung in Nürnberg wurde der Sitz des Leipziger Gaues nach Erfurt verlegt. Vom 1. März 1920 ist die Adresse der Gauleitung folgende:

Heinrich Dusch, Erfurt, Beaumontstr. 8 I.

Bis zur Neuregelung der Gauinteilung durch die gemeinsame Generaterversammlung in Halle wird an der bisherigen Geschäftsführung des gesamten Gaues nichts geändert. Die Gauleitung.

Sterbetafel.

Bielefeld. Gustav Guntenhöfner, 27 J. alt.
Breslau. Gustav Wieden, Sattler, 22 J. alt.
Essen. Arthur Richter, 35 Jahre alt, Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Tücht. Lederarbeiter

auf Damentaschen und Kastenarbeit
sodort verlangt.

Gust. Reinhardt, Berlin, Zimmerstr. 88.

Selbständig. Sattler

auf Geschirre und Möbel sodort gesucht in
Nähe Nürnbergs.

Spätere Einheirat möglich. Gute Kundschaft vorhanden. Offerten sind zu richten an das Verbandsbureau der Zahlstelle Nürnberg, Jahnstr. 14 I.

Dreibriemensattler

geübte Leimer und Schärfer gesucht.

Heinrich Rute, Braunschweig.

Fachbücher für Sattler.

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert
11,65 M., gebunden 14,65 M.

Bücheler, Das praktische Polstern, gebunden 11,40 M.

Bücheler, Wie legt und behandelt man Vinoleum, gebunden 4,80 M.

Seilborn, Das deutsche Sattlerhandwerk. In Mappe
84,85 M.

Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 18,40 M.,
gebunden 22,25 M.

Reibekahl, Der Automobil- und Luftschiffattler,
brochiert 6,80 M., gebunden 8,55 M.

Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert
11,65 M., gebunden 16,45 M.

Bei Einsendung des Betrages portofreie Zusendung.

Für Postnachnahme 66 Pf. Zuschlag.

Vom 15. März bis 1. Juni können Bücher nicht versandt werden. Ich bitte daher um sofortige Aufgabe von Bestellungen.

Joh. Sassenbach, Berlin 16,

Engelauer 15.

Tüchtigen Sattler

auf Suitcases und Maulbügeltaschen gut eingearbeitet,
stellen wir ein. Nur Bewerber, die alle vorkommenden
Arbeiten ausführen können, wollen sich melden.

Lederwarenfabrik

Ludwig Meyer & Co., G. m. b. H.

Düsseldorf, Kölner Straße 17.

Tüchtige Täschner,

welche speziell

auf Maulbügeltaschen und Suitcaseskoffer

gut eingearbeitet sind, für eine Lederwarenfabrik per
sodort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften unter
D. 1900 an die Expedition dieses Blattes.

Optische Anstalt C. P. Goerz N.-G., Berlin-Friedenau, Rheinstr. 45/46
sucht zum sofortigen Eintritt bei guter Bezahlung und dauernder Beschäftigung

tüchtige, gelernte Sattler

welche als Spezialisten die Kantennähmaschine, System „Mars“, bedienen können.
Schriftliche oder persönliche Meldungen an die Hauptbetriebsleitung.

Portefeuille

auf Schmeckkästen, Bestecks, Maniküre usw. werden eingestellt.

Friedrich Kirchner, Kommanditgesellschaft, Düsseldorf, Jahnstr. 14 I

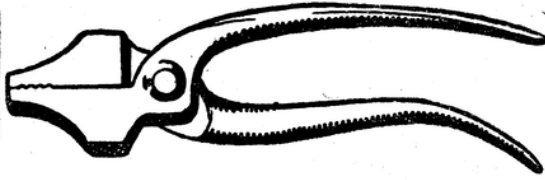
Tüchtige Portefeuilleer gesucht

auf Brieftaschen, Zigarettenetuis und Damenhandtaschen sowie

perfekter Schärfer(in)

für Fortunamaschine.

Gesellschaft Tamnum m. b. H., Bremen, Vulkanstraße.



Max Brucklacher

Hamburg I

Werkzeuge Stahlwaren
Engros